

# Eine Liga der Demokratie

Gerd Eisenbeiß, 13. Juni 2021

Ich bin begeistert von der Idee einer „Liga der Demokratie“, von der ich im Zusammenhang mit dem G7-Treffen in Cornwall gelesen habe. Ich weiß nicht, wer sich da welche Gedanken gemacht oder gar Pläne entwickelt hat, möchte hier daher meine ganz persönliche Vision aufschreiben.

Ich stelle mir einen lockeren Staatenbund vor, der keine andere operative Funktion hat, als die Mitgliedschaft auf demokratische Rechtsstaaten zu beschränken - ihre Funktion wäre ausschließlich, der Welt zu zeigen, wie Demokratie geht und nützt, als Vorbild zu sein und Anreiz, diese Gesellschaftsform anzustreben.

Die Liga braucht zwei absolut einzuhaltende Regeln:

- Es muss fixiert werden, was einen demokratischen Rechtsstaat ausmacht
- Es muss möglich sein, mit großer Mehrheit, Mitglieder aufzunehmen oder auszuschließen.

Die Liga wäre keine Konkurrenz zur EU oder zur NATO, die von sich behaupten, eine demokratische Wertegemeinschaft zu sein, es aber schon lange nicht mehr sind. Türkei, Polen, Ungarn sind z.B. längst keine demokratischen Rechtsstaaten mehr, während z.B. Costa Rica oder Taiwan dazu gehören könnten.

Was also sollte einen demokratischen Rechtsstaat ausmachen? Das A&O für Demokratie wäre sicher ein allgemeines, freies und geheimes Wahlverfahren sowie faire Regeln für den Wahlkampf und die Parteien- und Kandidatenrechte.

Rechtsstaat kann nur sein, wo es darüber hinaus unabhängige Gerichte und freie Medien in ausreichend unabhängiger Vielzahl gibt; das ist auch eine Voraussetzung für faire Wahlen. Natürlich haben die Verfassungen der Mitgliedstaaten selbst diesen Grundsätzen zu entsprechen sowie die politische Praxis solchen Verfassungen zu folgen; Staaten, die wie das Vereinigte Königreich keine Verfassung besitzen, müssen den erwähnten Grundsätzen entsprechen.

Im Unterschied zur EU muss sich die Liga eine Satzung geben, die es erlaubt, Mitglieder auszuschließen, die die Grundsätze nicht mehr befolgen. Andererseits darf auch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht von politischen Opportunitätszielen beeinflusst sein. Es wurden gerade in die NATO und die EU immer wieder Mitglieder aufgenommen, in der Hoffnung, sie würden dadurch zu demokratischer Rechtsstaatlichkeit finden; diese Hoffnung wurde mehrfach enttäuscht - Einstimmigkeitsregeln verhindern dann Ausschlussverfahren. Deshalb wäre eine Mehrheit von etwa 75% der Mitglieder als ausreichend für Aufnahme oder Ausschluss vorzusehen.

Wer könnte Mitglied der Liga werden?

Unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex><sup>1</sup> findet man eine Liste, die „The Economist“ zusammengestellt hat. Danach sind 2020 23 Staaten als „vollständige Demokratien“ identifiziert worden, darunter nur 9 EU-Mitglieder (die Tabellen sind von oben nach unten, dann von links nach rechts zu lesen)

Norwegen	Dänemark	Luxemburg	Costa Rica
Island	Irland	Deutschland	Mauritius
Schweden	Australien	Uruguay	Japan
Neuseeland	Niederlande	England/VK	Spanien
Kanada	Taiwan	Chile	Südkorea
Finnland	Schweiz	Österreich	

Dann 52 „unvollständige Demokratien:

Frankreich	Griechenland	Polen	Dominikanische Republik
Vereinigte Staaten	Lettland	Suriname	Lesotho
Portugal	Malaysia	Bulgarien	Indonesien
Estland	Panama	Indien	Serbien
Israel	Trinidad und Tobago	Tunesien	Paraguay
Italien	Jamaika	Philippinen	Sri Lanka
Malta	Litauen	Ungarn	Ecuador
Tschechien	Osttimor	Peru	Papua-Neuguinea
Kap Verde	Südafrika	Namibia	Albanien
Botswana	Kolumbien	Kroatien	Mexiko
Zypern	Slowakei	Ghana	Thailand
Slowenien	Argentinien	Mongolei	Singapur
Belgien	Brasilien	Rumänien	Guyana

<sup>1</sup> Bewertet werden mit aggregierbaren Punkten: Wahlprozess&Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur und Bürgerrechte.

Wenn es nach mir ginge, sollte die Liga zunächst von den 26 Erstplatzierten, also inklusive Frankreich, USA und Portugal gegründet werden. Diese Gründungsmitglieder sollten eine Art Ethik-Kommission aus hohen respektierten Richtern und unzweifelhaften Polit-Senioren bilden, die jährlich einen Bericht zur Lage der demokratischen Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsstaaten abzugeben haben sowie ein Votum zu Aufnahmegesuchen.; darüber beschließen die Mitglieder mit 75% zu Aufnahmen und Ausschlüssen.

Interessant vielleicht, welche 44 Staaten nach der Analyse des Economist am Ende stehen - von Russland bis Nord-Korea

Russland	Myanmar	Aserbajdschan	Libyen
Niger	Oman	Guinea-Bissau	Jemen
Katar	Vietnam	Weißrussland	Tadschikistan
Simbabwe	Ägypten	Sudan	Äquatorialguinea
Kasachstan	Afghanistan	Bahrain	Laos
Republik Kongo	Kuba	VR China	Turkmenistan
Kambodscha	Togo	Iran	Tschad
Ruanda	Kamerun	Eritrea	Syrien
Komoren	Venezuela	Burundi	Zentralafrikanische Republik
Eswatini	Dschibuti	Usbekistan	DR Kongo
Guinea	VAR	Saudi-Arabien	Nordkorea